

handelt; schließlich noch die Ansprüche auf Rückstände von Renten, Auszugskonten, Besoldungen, Wartegelder, Ruhegehalt, Unterhaltungsbeiträgen und allen anderen regelmäßig wiederkehrenden Leistungen.

— (Es wird kalt.) Mit den milden Temperaturen ist es jetzt allem Anschein nach vorbei. Schon in der Sonnenabendnacht war es empfindlich kalt geworden, und im westlichen Binnenlande sank das Thermometer bis auf 2 Grad unter Null. Die Abkühlung ist auf Polarluftmassen zurückzuführen, die sich von Grönland her Mitteleuropa genähert haben und nun Deutschland überfluten. Infolgedessen ist damit zu rechnen, daß es in den nächsten Tagen noch kälter werden wird.

— (Mitterabend.) Am Donnerstag, den 13. Dezember findet für Pulsitz M. S. Mitterabend statt. Da in Schumanns Gasthof das vorgegebene Zimmer durch anderweitige Veranstaltung besetzt ist, muß der Abend ausnahmsweise im Herrenhaus (oberes Vereinszimmer) abgehalten werden, wieder abends 8 Uhr.

Löbau. (Ein ungetreuer Lohnbuchhalter.) Um rund 20 000 Mark Bargeld geschädigt wurde ein Löbauer Fabriketablisement dadurch, daß ein seit vier Jahren dort beschäftigter Buchhalter die Endsummen der errechneten Wochenlöhne regelmäßig um rund 100 Mark höher eingeseht hatte, als die Addition ergab. Von dem veruntreuten Gelde ist nichts mehr vorhanden. Der Ungetreue, der bisher großes Vertrauen genoß, wurde verhaftet. Einem betriebsfremden Herrn, der zufällig eine Seite des Lohnbuches nachrechnete und den „Additionsfehler“ auch in den folgenden Wochenabrechnungen entdeckte, ist es zu verdanken, daß die jahrelangen Unterschlagungen endlich ans Licht gekommen sind.

Dresden. Landes-Parteitag der S. P. D. Sachsens. Der Landes-Parteitag der Sozialdemokratischen Partei Sachsens ist auf den 12. und 13. Januar 1929 festgesetzt worden. Er findet in Leipzig im Volkshaus statt. Es sprechen u. a. über die Reichspolitik Reichstagsabgeordneter Ströbel, über die sächsische Politik Landtagsabgeordneter Edel, für die Landtagsfraktion Abg. Rebrüg, über Kommunalpolitik Stadtrordneter Rösch.

Dresden. Genossenschaftsversammlung des Landesjaatbau-Vereins für Sachsen. Vor dem außerordentlichen Verbandstag des Verbandes der landwirtschaftlichen Genossenschaften hatte der Landesjaatbau-Verein am 7. Dezember die in Dresden anwesenden 900 Vertreter von etwa 5000 sächsischen landwirtschaftlichen Genossenschaften zu einer Versammlung eingeladen, die der Vorsitzende des Landesjaatbau-Vereins Rittergutsbesitzer von Byern (Bornä) mit dem Wunsche einer weiterhin regen Zusammenarbeit der Genossenschaften mit dem Landesjaatbau-Verein eröffnete. Direktor Maennel berichtete über die Tätigkeit der landwirtschaftlichen Genossenschaften als Vertrauensstelle des Staatlichen Pflanzenschutzdienstes und über die Aufgaben, die die Verordnung des Wirtschaftsministeriums vom 3. Juli 1928 zur Verhütung der Ausbreitung des Kartoffelkrebzes stellt. Direktor Totusch machte Ausführungen über die Arbeiten des Landesjaatbau-Vereins und der Arbeitsgemeinschaft für Grünlandwirtschaft zur Verbesserung der sächsischen Landwirtschaft mit den für sächsische Verhältnisse besonders geeigneten Grünlandsmäheren. Den Schluß bildete die Vorführung einer Reihe von Lichtbildern, die in anschaulicher Weise die sachgemäße Behandlung von Kartoffeln zeigten und dazu beitrugen, das Verständnis für sorgfältigere Herrichtung der dem Gebrauch zugeführten Kartoffeln zu fördern.

Dresden, 8. Dezember. Der traditionelle Dresdner Presseball, der von jeher als Auftakt für die gesellschaftlichen Winterveranstaltungen gilt, wird diesmal am Sonnabend, den 12. Januar 1929 in sämtlichen Räumen des Ausstellungspalastes stattfinden. Der Presseball ist die erste repräsentative Veranstaltung Dresdens, auf der sich nach alter Gewohnheit alles, was Namen und Rang in Wissenschaft und Kultur, in Politik und Wirtschaft hat, zusammenfindet. Mit dem Ball werden künstlerische Darbietungen verschiedenster Art verbunden sein. Kartenbestellungen gegen Einzeichnung in Subskriptionslisten bei der Konzertdirektion F. Ries.

Dschak. (Schach protestiert.) Die Stadtverordneten von Dschak haben einstimmig, von den Deutschnationalen bis zu den Kommunisten, beschlossen, beim Landtag Protest dagegen einzulegen, daß die Städte mit früher revidierter Städteordnung vom 1. April 1929 an den Amtshauptmannschaften unterstellt werden sollen. Sie fordern, daß es bis zur Erledigung der bevorstehenden Verwaltungsreform bei der Aufsicht durch die Kreisauptmannschaft bleiben soll.

Freiberg. (Der haufällige Freiburger Dom.) Die Bauarbeiten am Freiburger Dom beschäftigten die letzte Sitzung des für die Erhaltung des Domes gegründeten Bauvereins. Die zur Feststellung der dringendsten Bauarbeiten eingesetzte Kommission hat festgestellt, daß der bauliche Verfall weit größeren Umfang angenommen hat, als man bisher glaubte. Besonders wurde festgestellt, daß die einzelnen Bauarbeiten derart ineinandergreifen, daß an die Wiederherstellungsarbeiten in weitem Umfang herangegangen werden muß, wenn das Bauwerk erhalten bleiben soll. Große Schwierigkeiten bereitet nun die Mittelbeschaffung, doch hofft man, daß alle Freunde des Freiburger Domes für die Erhaltung dieses Baukunstwertes durch finanzielle Unterstützung eintreten werden.

Glauchau. (Opfer der Unvorsichtigkeit.) In furchtbarer Weise kam der 43jährige Maurer Nibel aus Niederwindmaas ums Leben. Er war im Auftrage der Firma G. Meister mit Maurerarbeiten in der Fabrikerei Karl Perich beschäftigt und kam hierbei, wahrscheinlich aus Unvorsichtigkeit, der Transmission zu nahe, wurde von ihr erfaßt und sofort getötet. Er hinterläßt eine Frau mit mehreren Kindern.

Glauchau. (Durch die geflossene Schranke aefahren.) Ein den Callenberger Werra herabkommendes auswärtiges Personenauto fuhr durch die geschlossene Bahnstrasse. Diese wurde völlig durchgeschlagen und der Wagen blieb beschädigt auf den Gleisen liegen. Zwei Insassen konnten sich durch Abpringen retten, auch der Führer blieb unverletzt. Der Güterzug konnte durch Signale zum Halten gebracht werden.

am Sonntag abend begonnen. Der französische Außenminister Briand stattete als erster Dr. Stresemann in dem Palace-Hotel einen Besuch ab, der 1 1/2 Stunde dauerte. Anschließend begab sich Briand zu Chamberlain, der gleichfalls im Palace-Hotel abgesehen ist. Die Unterredung zwischen Briand und Chamberlain war jedoch nur von kurzer Dauer. Ferner suchte der italienische Staatssekretär des Aeußeren, Grandi, in Begleitung des italienischen Untergeneralstaatssekretärs des Völkerbundes, Paulucci, den Generalsekretär des Völkerbundes, Sir Eric Drummond, im Palace Hotel auf. Ueber den Besuch Briands bei Dr. Stresemann wird folgendes mitgeteilt: Die beiden Minister haben in freundschaftlichem Ton einige auf der Tagesordnung des Völkerbundesrates stehende Fragen, sowie einige politische Fragen erörtert und sind zu der Auffassung gelangt, daß weitere anschließende Aussprachen im Laufe dieser Tagung des Völkerbundesrates notwendig sind.

Erste Unterredung Stresemann-Briand.

Lugano. Nach einer Vorbereitungsbesprechung des deutschen Außenministers Dr. Stresemann mit dem ständigen Begeleiter Briands, Professor Hesnard, machte Briand am Sonntagabend Dr. Stresemann einen Besuch, an den sich eine mehrstündige politische Unterhaltung schloß.

Eine scharfe amerikanische Stimme gegen England

Hearst gegen Lord Birkenhead

London, 9. Dez. In die englisch-amerikanischen Auseinandersetzungen hat nun auch der Besitzer des Hearst-Kon-

zerns, Randolph Hearst, eingegriffen. England, so sagt Hearst, treibe in einen neuen großen Krieg hinein, da die englische Geheimdiplomatie und die Geheimverträge mit anderen kriegerischen europäischen Mächten einen neuen Zusammenstoß nahezu unvermeidbar machten. Der nächste große Krieg, an dem England beteiligt sei, werde die vollständige Ausrottung der Klasse zur Folge haben, der Lord Birkenhead angehöre und den sozialistischen Umsturz im ganzen britischen Weltreich herbeiführen. Hearst rechnet sogar mit der Möglichkeit, daß ein solcher Krieg das Ende des britischen Weltreiches bedeuten würde, da die britischen Kolonien und Dominions im Gegensatz zum Mutterlande ganz friedlich gesinnt seien und jeden Krieg ablehnten. Diese Erklärung des amerikanischen Zeitungsmagnaten stellt die scharfe Antwort auf eine Rede Lord Birkenheads dar, in der der ehemalige Staatssekretär für Indien gleichfalls in ziemlich scharfer Form darauf hingewiesen hatte, Großbritannien habe die Vereinigten Staaten noch nie um etwas gebeten.

Krieg zwischen Bolivien und Paraguay.

New York. Wie aus La Paz (Bolivien) gemeldet wird, hat Bolivien seine diplomatischen Beziehungen zu Paraguay abgebrochen. Der Geschäftsträger Paraguays wurde unter Bewachung nach dem Zuge gebracht, der ihn nach Paraguay zurückführt. Dieses Vorgehen der bolivianischen Regierung erfolgte infolge der offiziellen Mitteilung, daß der größte Teil einer Garnison von 25 bolivianischen Soldaten von 300 Mann aus Paraguay, die auf bolivianisches Gebiet kamen, getötet worden ist.

Vereinfachung der deutschnationalen Parteioorganisation

Die deutschnationale Parteivertretung war im Reichstag zusammengetreten. Sie wurde mit einer Rede des Vorsitzenden, des Geheimen Finanzrats Hugenberg, über die gesamtpolitische Lage und die Entwicklung und die Aufgaben der Partei eröffnet. Der Vorsitzende stellte anschließend den Entwurf der Satzungsänderungen zur Beratung. Die Satzungsänderungen wurden in der vom Vorsitzenden vorgeschlagenen Form nach eingehender Aussprache mit überwältigender Mehrheit angenommen.

Der Grundgedanke der Satzungsänderung ist der, in den Mittelpunkt der Gesamtorganisation den Parteivorstand zu stellen, in dem neben sämtlichen Landesvorsitzenden eine gleiche Zahl zugewählter Mitglieder Sitz und Stimme haben. Es sollen dadurch die Auffassungen, wie sie im Lande die Grundlage der deutschnationalen Weltanschauung und Politik bilden, auch in den Mittelpunkt der Tätigkeit der Zentralorgane der Partei gestellt werden. Daraus ergab sich in Verbindung mit dem Wunsche nach einer Vereinfachung der Organisation die Aufhebung der bisherigen Instanz der Parteileitung. Diese war bisher ein vollständiges Zwischenglied zwischen Parteivorstandem und Vorstand. Der Parteivorstand hatte schon in seinen einleitenden Ausführungen die Bildung eines Arbeitsausschusses des Vorstandes angekündigt, der als Organ des Parteivorstandes wie andere Ausschüsse aus seiner Mitte gebildet werden kann und nach dem Vorschlag des Parteivorstandes demnächst gebildet werden soll. Für die Parteiverwaltung wurden die Zuständigkeiten anderer Instanzen aufgehoben und auf dem Parteivorstand übertragen.

Der bisherige Vorsitzende der Deutschnationalen Landtagsfraktion, D. Winkler, wurde auf Vorschlag des Parteivorstandes zum Ehrenmitglied ernannt.

Geringe Aussichten für einen deutsch-polnischen Handelsvertrag.

Warschau. Im Zusammenhang mit der Abreise des deutschen Delegationsführers, Ministers Hermes, nach Berlin verlautet, daß er seine Rückkehr nach Warschau für den 16. Dezember angesagt hat, um sich die Stellungnahme der polnischen Regierung zu seinen Vorschlägen und zu den bereits erreichten Vereinbarungen zu holen. Angesichts des Verhaltens Polens und seiner Presse, die gegen Deutschland heßt, besteht natürlich wenig Aussicht, daß die Ankunft Hermes' am 16. Dezember irgendwelchen Erfolg verheißen könnte.

Coolidge zum Kelloggpaakt.

New York. Der amerikanische Präsident Coolidge ließ nach einer Unterredung mit Staatssekretär Kellogg erklären, daß er seinen ganzen persönlichen Einfluß aufbieten werde, um die Annahme des Kelloggvertrages ohne Vorbehalte möglichst schnell durchzusetzen. Trotzdem ist es nicht von der Hand zu weisen, daß sich die Annahme des Vertrages infolge der Stellungnahme der Opposition im Senat verzögern wird.

Die Verluste der Aufständischen in Afghanistan

London, 10. Dezember. Die afghanische Gesandtschaft in London hat eine Mitteilung erhalten, die eine offizielle Bestätigung der schweren Kämpfe bei Dschellalabad darstellt. Danach sind bei diesen Kämpfen 300 Aufständische getötet und 200 gefangen genommen worden. Die Schinwaris sollen nach der gleichen Mitteilung inzwischen um Einleitung von Friedensverhandlungen gebeten haben, die gegenwärtig noch im Gange sind. Die Unruhen erstrecken sich nicht allein auf die Schinwaris, sondern auch auf andere Stämme, die jedoch, wie man hofft, die Waffen strecken werden, sobald es zu einer Beilegung der Unruhen mit den Schinwaris kommt. Die britische Regierung verfolgt die Vorgänge mit größter Aufmerksamkeit im Hinblick auf die Möglichkeit des Uebertrittes von Aufständischen auf indisches Gebiet.

Man kann auch zu spät kommen . . .

Drahtlose Verbindung mit dem zahlungsfähigen Käufer stellt der Inseratenteil der Zeitung her. Wer kann, wer will auf dieses zeitgemäss Sprachrohr verzichten? Der Anzeigenteil wartet auf Sie! Wenn Sie bald kommen, kann Versäumtes nachgeholt werden. Wer zu lange zaudert, kommt zu spät!

Tagungen in Sachsen

40 Jahre Volkswohlverein.

Der Verein Volkswohlfahrt in Dresden feierte sein 40jähriges Bestehen. Ministerialrat, Geheimer Schulrat Dr. Wente Glücker überbrachte die Glückwünsche der sächsischen Regierung und schloß die Rede mit den Worten: „Die Persönlichkeit des Vereinsgründers Geheimrat Prof. Dr. Viktor Böhmert Die Arbeiterfrage sei auszufassen als eine Bildungsfrage für die Arbeiter, als eine Gewissensfrage der Unternehmer und eine Frage der öffentlichen Pflicht für das gesamte Publikum. Der Redner verbeistete sich über die Tätigkeit des Vereins und über die großen Aufgaben, die in der Zukunft der Vörsun harrn. In der Hauptsache plant der Verein für die nächste Jahre eine Vermehrung und weiteren Ausbau seiner Heime und man hofft, daß der Verein auch einmal eine Stätte finden wird, die die Pflege und den Ausbau der Volkswohlfahrt abende ermöglicht. In seinem Schlußwort wünschte der Festredner, daß der Verein auch künftig Licht und Freude am Leben in schwerbedrängte Herzen tragen wolle nach dem Sinnpruch des Schweizer Grütl-Vereins: Volksbildung ist Volksbefreiung.“

Entschlieungen der deutschnationalen Parteivertretung

Berlin. Die deutschnationale Parteivertretung hat zur Regelung des Verhältnisses von Kirche und Staat eine Entschlieung angenommen, in der es u. a. heißt: „Die Reichsverfassung und die Preussische Verfassung machen neue Festsetzungen über das Verhältnis von Kirche und Staat notwendig. Entsprechend ihrer bisherigen Einstellung hält die Deutschnationale Volkspartei daran fest, daß diese Neuregelungen Landesangelegenheiten sind. Sie macht ihre Zustimmung zu solchen Verträgen von folgenden Bedingungen abhängig: 1. Dem Preussischen Landtag müssen gleichwertige, der Eigenart der beiden Kirchen entsprechende Verträge gleichzeitig und in unlöslicher Verbindung vorgelegt werden. 2. Die nationalen Belange sind unbedingt zu wahren. 3. Ebenso sind die staatlichen Hoheitsrechte aufrecht zu erhalten. Das verfassungsmäßige Recht des Staates auf dem Gebiet der Schule darf nicht angetastet werden.“

In einer

Entschlieung zur Reparationsfrage

wendet sich die Parteivertretung gegen die Auffassung, daß die Grundlage des Dawesvertrages sich bisher bewährt und daß Deutschland sich als fähig zur Erfüllung erwiesen habe, da die bisherigen Zahlungen nur durch Auslandskredite statt durch Warenexportüberschuß ermöglicht worden seien. Die hinter uns liegenden Jahre hätten bewiesen, daß Deutschland in seiner gegenwärtigen Lage keine Reparationszahlungen leisten könne, wenn es nicht zu einem neuen Zusammenbruch der deutschen Wirtschaft und Währung kommen solle. Der Transferschuß dürfe nicht ausgeschaltet, sondern müsse gerade eingeschaltet werden.

Woroschilow über den Plan eines Krieges gegen Sowjetrußland

Kowno, 9. Dezember. Wie aus Moskau gemeldet wird, sprach gestern in einer Versammlung der Volkskommissar Woroschilow, der erklärte, daß die Großmächte mit Frankreich an der Spitze einen Feldzug gegen Sowjetrußland planten. In seinen Ausführungen griff er besonders Poincare an und erklärte, die französische Diplomatie sei an einem Bündnis zwischen Polen und anderen Ländern interessiert das sich gegen Sowjetrußland richten sollte. Er erklärte weiter, daß die Rote Armee nicht abgerüstet werden dürfe, es müsse vielmehr alles getan werden, um ihre Widerstandskraft zu heben.